

Auf Sonntag Verbotstag in Breslau!

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Section der 3. Internationale

Mit den Gegenwaffen:

**"Der Rote Stern", "Der Kommunistische Gewerkschaftler", "Rote Hilfe",
"Die Kommunistin", "Der Genossenschaftler", "Tribüne", "Der Jungprolet"**

Begründet von Bernhard Gottlander (März 1920 ermordet)

Das Hungerprogramm des „Ernährungs“ministers Kleinbauernelend und Landarbeiternot vor dem Reichstag

(Eig. Druckb.) Berlin, 23. März.

Nach den „großen“ außenpolitischen Debatten gingen die Statuten im Reichstag am Mittwoch mit der Bezeichnung des so genannten Ministeriums für Versorgung und Landwirtschaft in den üblichen parlamentarischen Trab weiter. Der neue Justizminister Haselinde bemühte sich zunächst, der im Volksmund üblich gewordene Benennung seines Amtes als „Unternahrungsminister“ gerecht zu werden. Nur einige Berleben aus seiner Rebe, zur Verbesserung der deutschen Handelsbilanz muss die „nicht vorzügliche“ Einfuhr von Lebensmitteln in verschärfster Massen eingeführt werden. Zu diesem Zweck darf der Landwirtschaft vor allen Dingen der nötige Holz auch nicht verboten werden. Um die Rentabilität der Landwirtschaft wieder herzustellen, muss man den sozialen „Ausgleich“ bei den niedrigen Preisen für Roggen und Kartoffeln erhöhen, vor allem müssen sie die Verbrauchermassen auch wieder der heimischen Brotsorte zuwenden und mehr Roggenbrot essen. Ein weiterer Erhöhung des Getreifesteins-Einführungsentgelts wurde auf erste Wiederholung (1). Die Beadlung müsse durch einen besonderen Reichsausschuss über den Wert der Masse als Nahrungsmittel aufgestellt werden, damit der Milchverbrauch sich steigere. (1) Im Vordegrund der Landarbeiterfrage steht die militärische Siedlung der Landarbeiter. „Deutscher Zähigkeit“ und „parlamentarische Wirtschaftsführung“ werde es gelingen, die Krisenzeiten zu überdauern.“

Diese wie blütigste Hohnklingende Programmpredigt erwachte bei den bürgerlichen Parteien begeisterte Zustimmung. Der Deutschnationalen „Stadt und Dorf“ lobte Haselinde und forderte gleichzeitig natürlich Erhöhung der Schuhzollmauer sowie „Beseitigung der Schwangereitschaft der Arbeit“ und Abbau der Sozialpolitik. Jenfrium und Volkspartei vervollständigten im selben Chorus

Die Stimme des Volkes“ im Reichstag

Während der Rede des Volksparteiers spielte sich eine Szene ab, die auf den Geist der „Vollmertigung“ ein greelles Licht wirft. Von der Publikumstribüne ließ eine Frau ein Plakat herunter, auf dem geschrieben stand, daß man sie ihrer Wohnung habe. Gleichzeitig wurden in den Sitzungssaal Flugblätter derselben Inhalts geworfen. Trotzdem sofort klar war, daß es sich um eine Demonstration eines verzweifelten Kleinbürgers handelte, gehärdeten sich die bürgerlichen Parteien, besonders die Deutschnationalen, geradezu wie die Wilden. Mit wütendem Geschrei verlangten sie vom Zentrum geprägten Bell die Räumung der Tribünen, obwohl die Frau mit dem Plakat sofort vom Diener herausgeworfen worden war. Als sich einige Tribünenbesucher über die völlig unveränderte Räumung beschwerten, sprang der deutschnationale Käbel „Zauberer“ auf und brüllte zur Tribune: „Halten Sie das Maul!“ Unter ungeheurem Lärm der sonst so wohlgesitteten Bürger wurde die Sitzung auf 5 Minuten unterbrochen. Als Bell jedoch nach Wiederbeginn die Tribune nicht öffnen ließ, protestierten gegen diesen verfassungswidrigen Austritt der Deppenheit die Kommunisten. Bell blieb jedoch bei seinem diktatorischen Gehalt und antwortete auf jede Kritik seines Verhaltens nur mit Drohungsrufen. Erst nach Beendigung der Rede des Volksparteiers kamen Genossen Roenen gegen den Bruch der verfassungsmäßig festgelegten Öffentlichkeit der Reichstagsitzungen protestieren. Er kennzeichnete die Vorgänge auf der Tribune als einen Akt der allgemeinen Verzweiflung und Rot. „Der eine versteht vor Hunger, der andere wandert ins Zuchthaus, der dritte kommt ins Irrenhaus und der vierte in den Reichstag.“ (Entzückungsratum bei den Bürgerschen.)

Nach Beilegung des Zwischenfalls sprach dann

Genosse Göring:

„Die Programmrede des Ministers kennzeichnet sich am besten durch die völlige Zustimmung der Deutschnationalen. Kein Kleinbauer hätte eine bessere Rede halten können. Sein Wort wird in ihr gelagert über die Ernährungsnot der fünf Millionen Erwerbslosen und Kurzarbeiter, fast nichts über die Not der Landarbeiterchaft, und auch die Kleinbauer werden mit einem schönfliegenden Satze abgetan.“

Die Agrarfrage trifft die Großagrarien und die hoffenden Bauern völlig verschieden. Die Klein- und Mittelsbauern werden zur Vergrößerung gezwungen, die Gutsbesitzer haben aber noch immer eine Reihe von Mitteln, um die Folgen der Krise auf die Konkurrenzfirmen und die Landarbeiter abzuwälzen. Während den Kleinbauern die leichte Luft gespendet wird, gibt es in Preußen Streite, in denen nach amtlichen Angaben 80 Prozent der Besitzer von mehr als 100 Hektar Land keine Einkommensteuer zahlen. Selbst Dr. Böhme vom Deutschen Bauernbund mußte kürzlich erklären, daß der schamlose Vorriegsland der völligen Steuerfreiheit des Großgrundbesitzes wieder hergestellt ist, während die Bauern zahlen müssen. Die Großagrarien haben sich dazu noch immer Kredit-Viehsgaben von der Regierung zu verschaffen.

Vorläufiges amtliches Gesamt-ergebnis

Berlin, 24. März. Nach den vorläufigen amtlichen Erstzählungen beträgt die Gesamtzahl aus der Abstimmung für das Volksbegehren 12.512.140 Stimmen. Folgende Ergebnisse werden noch gemeldet:

Wahlkreis	Anzahl der Stimmen	Begehrte Abgegeben Stimmen	geg. u. GEG. Stimmen	Summen
1. Wahlkr. Ostpreußen	1.310.281	165.774	283.093	
5. Wahlkr. Frankfurt (O.)	1.025.473	241.578	270.521	
10. Wahlkr. Magdeburg	1.658.626	377.578	398.104	
17. Wahlkr. Westfalen-Nord	1.316.281	358.081	306.436	
24. Wahlkr. Oberhessen	1.518.283	209.086	278.436	
25. Wahlkr. Niedersachsen	777.692	61.822	95.072	
35. Wahlkr. Wieden-Ahrweiler	568.982	159.427	183.945	

Dresden, 23. März. (Amtlich) Vorläufiges Ergebnis des Volksbegehrens, Enteignung der Gütervermögen. Zahl der Eintragungen für den Freistaat Sachsen 1.542.359. Stimmberechtigte bei der Wahl des Reichspräsidenten am 26. April 1925: 3.261.725. Eingerufen haben sich 47,3 Prozent der Stimmberechtigten.

Arbeiter entfacht wird. Die „nationalen“ Grundgrundbesitzer entlassen deutsche Landarbeiter, weil polnische Arbeitskräfte billiger sind. Dem Landarbeiterverband muß verlangt werden, daß er sich für gleiche Entlohnung und gleiche Lebensverhältnisse der polnischen Arbeiter einsetzt — und entsprechende Abkommen mit den polnischen Gewerkschaften trifft.

Die Kommunistische Fraktion fordert Kredite zur Förderung Kleinbäuerlicher Gemeinschaften, die die Rationalisierung und Technisierung Kleinbäuerlichen Besitzes durchführen. Sie verlangt weiter die Einstellung von 5 Millionen Mark für die Speisung der Kinder von Erwerbslosen in den Gemeindeschulen. Die Kommunistische Fraktion weiß, daß in diesem Reichstag eine Mehrheit für ihre Anträge nicht zu erwarten ist. Wir hoffen, daß die arbeitenden Massen in Stadt und Land die richtige Lehre ziehen werden: nicht, wie in Berlin, ihre Erfüllung nur einmal zur Explosion kommen zu lassen, sondern sich zusammenzuschließen zur Einheitsfront aller Weltärmeligen gegen die Einheitsfront der Großkapitalisten und Großagrarien.

Nach Beilegung des Zwischenfalls sprach dann

Flucht des Generals Feng? Ein Rückblick der chinesischen Freiheitsbewegung

(Eig. Druckb.) Moskau, 25. März.

Nach dieser unbestätigten Meldungen befiebert nun die Armee Fengs nach den letzten Siegen Tsingtao-Liaos auf dem Rückzug nach Tsingtau. Feng selber soll die Flucht ergreifen und mit seiner Familie im Flugzeug in der Mongolei eingetroffen sein. Auf seinen Kopf ist ein Preis von 1 Million Dollar gesetzt.

Der überreiche Sieg des Nationalists Tsingtao ist ohne Zweifel auf große finanzielle und militärische Unterstützung seitens England und Japan zu erklären. Das Hauptfeuer der kommunistischen Revolutionäre, die kommunistische Kantone regieren sich nun zusammen. Staat nicht getroffen.

Das sozialdemokratische Parteipräsidium: Berlin, 25. März 1926
Herr Dr. Max Hirsch, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Paul Feuerbach, Vizevorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. August Bebel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Karl Liebknecht, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Otto Grotewohl, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Gustav Noske, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Robert Grimm, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Bruno Taut, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Walter Rödel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Max Weill, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Paul Feuerbach, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. August Bebel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Karl Liebknecht, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Otto Grotewohl, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Gustav Noske, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Bruno Taut, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Walter Rödel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Max Weill, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Paul Feuerbach, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. August Bebel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Karl Liebknecht, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Otto Grotewohl, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Gustav Noske, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Bruno Taut, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Walter Rödel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Max Weill, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Paul Feuerbach, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. August Bebel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Karl Liebknecht, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Otto Grotewohl, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Gustav Noske, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Bruno Taut, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Walter Rödel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Max Weill, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Paul Feuerbach, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. August Bebel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Karl Liebknecht, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Otto Grotewohl, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Gustav Noske, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Bruno Taut, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Walter Rödel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Max Weill, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Paul Feuerbach, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. August Bebel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Karl Liebknecht, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Otto Grotewohl, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Gustav Noske, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Bruno Taut, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Walter Rödel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Max Weill, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Paul Feuerbach, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. August Bebel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Karl Liebknecht, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Otto Grotewohl, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Gustav Noske, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Bruno Taut, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Walter Rödel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Max Weill, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Paul Feuerbach, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. August Bebel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Karl Liebknecht, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Otto Grotewohl, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Gustav Noske, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Bruno Taut, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Walter Rödel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Max Weill, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Paul Feuerbach, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. August Bebel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Karl Liebknecht, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Otto Grotewohl, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Gustav Noske, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Bruno Taut, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Walter Rödel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Max Weill, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Paul Feuerbach, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. August Bebel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Karl Liebknecht, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Otto Grotewohl, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Gustav Noske, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Bruno Taut, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Walter Rödel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Max Weill, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Paul Feuerbach, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. August Bebel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Karl Liebknecht, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Otto Grotewohl, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Gustav Noske, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Bruno Taut, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Walter Rödel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Max Weill, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Paul Feuerbach, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. August Bebel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Karl Liebknecht, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Otto Grotewohl, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Gustav Noske, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Bruno Taut, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Walter Rödel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Max Weill, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Paul Feuerbach, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. August Bebel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Karl Liebknecht, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Otto Grotewohl, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Gustav Noske, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Bruno Taut, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Walter Rödel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Max Weill, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Paul Feuerbach, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. August Bebel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Karl Liebknecht, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Otto Grotewohl, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Gustav Noske, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Bruno Taut, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Walter Rödel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Max Weill, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Paul Feuerbach, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. August Bebel, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Karl Liebknecht, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Otto Grotewohl, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr Dr. Gustav Noske, Vorsitzender des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Herr

Die Beurteilung der wirtschaftlichen Bewältigung in Rußland

Soziale Ordnung der russischen Bevölkerung — Der Stand der Gewerbe — Schätzungen des Wirtschaftsministeriums

Von Dr. R. v. Ungerer-Schöberg

(Wortbericht) Wir erhalten vielen Kritik bezüglich dem bürgerlichen „Weißher Tagblatt“. Es gibt andere Zeiten, wie von jetzt kommunistische Zeiten die Sage der zufrieden Macht beweisen wird. — Die Redaktion.

Bei Beurteilung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Rußland ist die Frage der Zuverlässigkeit der statistischen Angaben, die von der Räte-Regierung veröffentlicht werden, von entscheidender Bedeutung; denn meist persönliche Eindrücke, noch ausführliche Beschreibungen können eine gute Wirtschaftssituation ersehen. In dieser Hinsicht ist vor allem festzustellen, daß die sowjetrussische Statistik wesentlich umfangreicher ist, als die amtliche Statistik der Vorkriegszeit war. Nicht nur die Zahl der statistischen Veröffentlichungen (einmaliglich) der von den ausländischen Handelsvertretungen herausgegebenen hat stark zugenommen — die Statistik ist auch auf ganz neue Gebiete ausgedehnt worden, entsprechend der viel größeren Bedeutung, die ihr im Rahmen einer staatlichen Planwirtschaft kommt. Was nun die Zuverlässigkeit anbelangt, so ist es natürlich sehr schwer, hierüber ein Urteil abzugeben. Jedenfalls kann man sagen, daß, im Vergleich zu der Vorkriegszeit, die sowjetrussische Statistik einen recht ordentlichen Einbruck macht; sie ist ebenfalls nicht schlechter, aber besser als die der letzten Vorkriegsjahre. Ganz abwegig ist ebenfalls die vielfach geäußerte Ansicht, wonach die sowjetrussische Statistik in propagandistischer Absicht „gefälscht“ sein soll. Demgegenüber muß betont werden, daß durchaus das Streben zu erkennen ist, die Dinge nicht in rosigem Licht erscheinen zu lassen und die Beschaffung des statistischen Materials möglichst rationell zu gestalten.

Ver suchen wir nun, auf Grund der amtlichen russischen Statistik und der Referate der maßgebenden Persönlichkeiten uns die augenblickliche Lage der Landwirtschaft und der Industrie zu vergegenwärtigen. Zunächst — wie verhält es sich mit dem Verbrauch der ländlichen Bevölkerung (90 Prozent der Gesamtbevölkerung); deuten die entsprechenden Angaben auf eine Zu- oder Abnahme der nationalen Wohlstandsbildung hin? Der Verbrauch von Metallwaren, Textilien, Zuder und sonstigen Gebrauchsgegenständen erreicht bisher schätzungsweise fast die Hälfte von 1913, und der war schon sehr gering im Vergleich mit westeuropäischen Verhältnissen. Aber der Verbrauch ist im Steigen begriffen, und die industrielle Erzeugung ist zurzeit nicht imstande, den Bedarf zu befriedigen, trotz erheblicher Zunahme ihrer Produktivität. Verglichen mit dem Vorjahr hat z. B. die Erzeugung von Pfählen (steinen und hölzernen) im Operationsjahr 1924/25 von 145 764 Stück auf 540 598, also mit 370 Prozent, die von Sensen von 767 637 auf rund 2 Millionen Stück, d. h. mit 260 Prozent, die von Mahnmäulen von 13 443 auf 45 603, d. h. mit 339 Prozent, die von Gußmaschinen von 6,2 Millionen auf 15,7 Millionen — mit 254 Prozent, die von Papier von 117 863 Tonnen auf 210 738 Tonnen — 179 Prozent zunommen. Die Steigerung von einem Jahr zum andern erscheint sehr bedeutend, die absoluten Zahlen sind aber recht niedrig für eine Bevölkerung von 130 Millionen. Gleichzeitig mit der Produktionssteigerung hat eine Preiserhöhung der Industriegerüsse stattgefunden, wodurch die Bedarfsbefriedigung der Bauern verstärkt werden kann, — zumal die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in derselben Zeit eine Heraufsetzung erfahren haben. Die „Scherensägen“, d. h. das Verhältnis der Preise von Agrarerzeugnissen zu den in der Industrie ist der über geworden, und zwar 13 Prozent in der Zeit vom 1. November 1924 bis 1. November 1925 (Arehandelspreise). Man kann daher annehmen, daß die industrielle Erzeugung gestossen von der bürgerlichen Bevölkerung aufgenommen werden.

wir, ja hab die industrielle Produktion, besonders in Industriestadt, den guten Ton, längst nicht erreicht, um den Betrieb zu befriedigen.

Somit liegt die Wirtschaft noch erheblich über dem Vorkriegsstand. Der Kleinhandelsindex für Industrieprodukte betrug am 1. November 1925 244 (1913 gleich 1) und für landwirtschaftliche Erzeugnisse 191. Auf das Verhältnis dieser beiden Preisstufenportionen vermag aber die Regierung einzutreten, weil sie fast die ganze Großindustrie in Händen hat und bei weitem der bedeutendste Käufer von Getreide ist: im Oktober 1925 hat sie 41,6 Prozent der insgesamt verfrachteten Menge gefaßt, wogegen der Weltmarkt nur 22,1 Prozent, die Genossenschaften 17,5 Prozent, sonstige Absender 18,8 Prozent abnahmen.

Auf dem Lande macht sich der Mangel an Pferden und lebendem Inventar noch immer sehr stark fühlbar. Die Zahl der Bauernwirtschaften, die kein einziges Arbeitspferd besitzen, muß sehr groß sein, denn 1924 zählte man insgesamt 17 521 000 Arbeitspferde (gegen 24 147 000 im Jahre 1913), während die Zahl der Bauernwirtschaften 22 Millionen betrug. Danach hätten 1924 mindestens 25 Prozent aller Bauernwirtschaften kein einziges Arbeitspferd, wenn man annimmt, daß von den übrigen Wirtschaften 75 Prozent jede nur ein Pferd hatten, tatsächlich besaßen manche aber auch 2 und 3 Pferde, so daß der Prozentsatz der pferdefreien Bauern wohl noch erheblich größer war — ein deutliches Zeichen der Armut des Landes, selbst wenn man berücksichtigt, daß in der Ukraine zum Teil mit Ochsen gearbeitet wird und hier und da Traktoren in Benutzung seien mögeln.

Mit dieser Tatsache stehen die statistischen Angaben der Räte-Regierung, wonach u. a. im Jahre 1924 die Anbausfläche für sämtliche Feld- und Gartenbaukulturen 89,7 Prozent der Vorkriegszeit (1913) bereits erreicht haben soll, in einem unerträlichen Mißverhältnis. Ohne tierische Zugkraft kann man in Rußland nicht Ackerbau treiben, es ist somit unverständlich, wie der verhältnismäßig hohe Prozentsatz der Anbaufläche erreicht sein soll, wenn 25 Prozent aller Bauernwirtschaften kein Arbeitspferd haben.

Was die weitere Entwicklung der russischen Wirtschaft anbelangt, so sind in dieser Beziehung die sogenannten „Kontrollziffern“ der Volkswirtschaft der Union für 1925/26 von Interesse. Das ist ein Versuch der Regierung, auf Grund von statistischen Ergebnissen der vergangenen Jahre zum erstenmal einen Plan der gesamten Volkswirtschaft für ein Wirtschaftsjahr im voraus aufzustellen. Danach soll im Jahre 1925/26 der Niederbau 79 Prozent der Vorkriegserzeugung, die Industrie ebenfalls 79 Prozent der Menge nach erreichen. In absoluten Zahlen für die Hauptgetreidearten stellt sich das so dar: 1913 5667,1 Millionen蒲 (1蒲 gleich 16,3 Kilogramm), 1924/25 3165,1 Millionen蒲 und 1925/26 4700,0 Millionen蒲. Für die Exportaussichten sind aber nicht so lehrreiche Zahlen wie die Schätzungen der landwirtschaftlichen Produktion für den Markt (ohne den sogenannten innerbäuerlichen Markt). Danach betragen die Mengen der Hauptgetreidearten für 1913 1180,9 Millionen蒲, 1924/25 411,0 Millionen蒲, 1925/26 949,4 Millionen蒲. Das macht für 1925/26, in Vorkriegsspitzen berechnet, 76,4 Prozent von 1913. Ob dieses Ergebnis tatsächlich erreicht werden wird, bleibt abzuwarten. Für die Industrie möchte ich es, auf Grund der bisherigen Ergebnisse, wohl für wahrscheinlich halten. Dagegen hängt das Erntergebnis in Rußland viel zu sehr von den Witterungsverhältnissen ab, als daß man solche Schätzungen einen großen Wahrscheinlichkeitswert beimessen kann. Jedenfalls spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß in einigen Jahren die Wirtschaft Rußlands wieder den Vorkriegsstand erreicht haben wird.

Der Russische Sozialistische Föderative Sowjetstaat ist ein sozialistisches Staates mit dem Ziel der sozialen Gleichheit und dem Ziel der sozialen Gleichheit.

Wie die Statistische Zeitschrift vom 7. März berichtet, hat der Sozialistische Föderative Sowjetstaat, seit dem 20. Januar 1925, mehrere Provinzen, in denen die sozialistische Regierung eingesetzt ist, in einer einzigen Sammlung die Ergebnisse der ersten drei Monate dieser sozialistischen Regierung zusammengefaßt, die die Wirtschaftsleistung des Landes enthalten will.

Zeitung aus Polen

(Von unserem polnischen Mitarbeiter)

Wie die Statistische Zeitschrift vom 7. März berichtet, hat der Sozialistische Föderative Sowjetstaat, seit dem 20. Januar 1925, mehrere Provinzen, in denen die sozialistische Regierung eingesetzt ist, in einer einzigen Sammlung die Ergebnisse der ersten drei Monate dieser sozialistischen Regierung zusammengefaßt, die die Wirtschaftsleistung des Landes enthalten will.

Vor dem Warschauer Gericht standen Karolich Werhandlungen gegen den Baron Bischoff statt, der angeklagt war, den Grafen Drudi-Lubedt ermordet und bestohlen im Betrage von 500 000 Rubel gefälscht zu haben. Der Angeklagte verteidigte sich, indem er seine „staatstreue“ Lösung hervorzuheben suchte. So hat er zu Beginn des Verfahrens des polnischen Staates im „Kampfe gegen den Polenokratismus“ ein ganzes Dorf verbrannt und mehrere Bauern getötet, die er wegen Gewerbediebstahls verächtigte.

Diese Beweisführung verschonte nicht, Einbruch zu machen. Der adelige Mörder wurde zu — 2 Jahren 8 Monaten Gefängnis verurteilt und bis auf weiteres auf freiem Fuß belassen. Ungefähr zur gleichen Zeit hatte sich der ukrainische Soldat Mikolaj Tolas vor dem Militärgericht in Lemberg zu verantworten. Der Anklagestaat legte ihm zur Last, daß er unter seinen Kameraden kommunistische Flugblätter verbreitet habe. Tolas wurde zum Tode durch Erhöschkeit verurteilt.

Der gräßbürgerliche „Ritter Warshawski“ beschreibt in seiner Nummer vom 11. März folgendermaßen die Lage der Arbeiterschaft in Polenisch-Oberschlesien:

„Eine Sorge, die den Schlaf verscheucht, ist die unangenehme ansteigende Zahl der Arbeitslosen, von denen viele buchstäblich keine Brötchen mehr haben. Das Elend blüht heute in die Hütten unserer Arbeiter und das Bild seiner Folgen ist geradezu erschütternd.“

Die ärztlichen Untersuchungen, die vor kurzem in den Schulen vorgenommen wurden, haben einen derartig schlechten Gesundheitszustand der Schulkinder festgestellt, daß man wirklich an der Zukunft dieser unserer „Zukunft der Nation“ verzweifelt muss. Die Schwindsucht greift in einem erlösenden Maße um sich und man fühlt Erbarmen beim Anblick dieser kindlichen Gestalt. Das Elend unter der Schulgemeinde gleicht heute dem, dessen Zeugen wir während des Weltkrieges waren.“

Wo die an diesem Elend Schuldigen zu suchen sind, wer das Blatt selbstverständlich nicht zu sagen...

Auf Grund des Beschlusses des Warschauer Kreisgerichts wurde wegen anrüchiger „kommunistischer Umtriebe“, der Dreherverband aufgelöst.

Der Verband, der ursprünglich einen mehr zünftischen Charakter trug, hatte sich in dem letzten Jahre zu einer wahren Klassenkampfsorganisation entwickelt. Er stand an der Spitze des großen Warschauer Metallarbeitervereins im September 1925. Danach leitete seine Initiative wurde in diesem Kampfe ein einheitliches Aktionsteam gebildet, das sowohl die Gründlichen und nationalen Gewerkschaften, als auch Vertreter zahlreicher Betriebe umfaßte. Mit dem sozialistischen Gewerkschaftsführer Lehnert es ab, sich in die Einheitsfront einzutreiben und brachte es fertig, die Allianz zu zerschlagen. Die Reformisten haben zweifellos auch jetzt ihren Teil zum Verbot des Dreherverbandes beigetragen.

und unterdrückt wird. Hauptmanns „Weber“ wurden zweifellos ebenfalls in diese „Verbotsdegrünung“ hineinpolzen.

Die neue Arbeiter-Illustrierte

Schon lange ist der Ruf, „Die Arbeiter-Illustrierte heute neu!“ ein Ruf, der bei vielen Tausenden von Arbeitern einen freudigen Widerhall erweckt. Die Arbeiter-Illustrierte Zeitung hat sich zudem einen großen Kreis begeisteter und treuer Freunde erworben, der sich täglich vermehrt. Allein in Berlin stieg der Umlauf in zwei Monaten von 12000 auf über 50 000 Exemplare.

Die neue Nummer hält, was die früheren verippten. Das Titelbild bringt zum ersten Male in Großformat das Bild von Stolin, dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Rußlands. Genf und die tragischen Folgen der Luther-Regierung werden mit drastischen Bildern und einem Artikel von Münzberg gezeigt und finden eine wirkungsvolle Ergänzung durch einen Artikel Sollies über Mieterfragen, mit zahlreichen trefflichen Bildern. Besonders Interessant dürfte aber der außerordentlich interessante Beitrag über das Leben und die Arbeit der Negro in den Ländern von Südafrika mit Originalaufnahmen, sowie die gelungenen Photos aus Turkestan erwecken. Vorteilhaft für die Zeitung ist die Einführung eines fortlaufenden Romans, die Nummer ländigt für die nächste Nummer den spannenden Roman über Schindermanns „Deutschlands größter Kaufmann“ an. Weitere Seiten über Arbeiterporträts, Kunst, Bühne, Film, Neues vom Tage machen gerade diese Nummer vielseitig und reizhaftig. Neuartig und wichtig ist auch der Vertrag des Verlages, durch einen Photo-Preisausschreiben für Arbeiterphotographen unsere Amateurnotographen an der Beschaffung von gutem Bildmaterial zu interessieren. Alles in allem wieder eine gute Leistung der A. I. I., die hoffentlich bald in jeder Arbeiterfamilie gelebt und in allen Betrieben verbreitet wird.

„Internationale“ Heft 5 erschienen

Aus dem Inhalt: „Zur deutsch-italienischen Konflikt. — Sieben Jahre Kommunismus. — Die deutsche Strafrechtsform und das Proletariat. — Von Helga Holle. — A. M. Der Rechtsstreit von 1920. — Georg Lissner. — Zur Arbeit unter den Beamten. — Georg Lucas. — Der Reichsbund. — Rundschau Internationale Politik (Gerg). — Wirtschaft (L. M.). — Internationale (W. H.). — G. (Algo). — Freundschaft (H. H.). —

Kleines Feuilleton

Die Republik und die Kunst

Gegen die vor mehreren Monaten erfolgte Beleidigung des vorwohler Künstlerischen Büros der Würzburg in Mostau verstorbenen Schriftstellerin Clarija Reinhart „Hamburg auf den Balkonen“ leiste ein Proteststurm bis weit in die Kreise der bürgerlichen Intellektuellen ein. In verschiedenen Veröffentlichungen und Kundgebungen haben namhafte Vertreter der Kunst und Wissenschaft gegen diesen unerhörten Übergriff von Polizeivögeln Protest erhoben. Der Justizrat Wethauer, Heinrich Mann, Alfons Baquet, Ernst Tollé und viele andere haben in einem Schlußgedanken gegen diese Beleidigung Sturm gelassen. Der ehemalige preußische Justizminister Theodor Heine — dem man willig seine revolutionären und sozialdemokratischen Anwendungen nachsagen kann — erklärte in der großen Intellektuellen-Rundgebung im Hollendorf-Theater, daß man, wenn man „Hamburg auf den Balkonen“ als aufrührerisch bezeichnet, dann auch ebenso gut „Kabale und Liebe“ einstampfen lassen könnte. Das alles hat aber den steifigen und betrüblamen Übersichtsamtmann nicht abgehalten, das Verfahren weiter zu betreiben und den Antrag auf Verbrauchsermächtigung des Druckschriften „Hamburg auf den Balkonen“ im objektiven Verfahren beim Staatsgerichtshof zu beantragen. Nur ist ein Hauptverhandlungstermin in Leipzig vor dem Reichsgericht angelegt, in dem über diesen Antrag verhandelt werden soll. Zu dem Termin sind über zehn Arbeiter, Zeitungsforscher, Redakteure als Beteiligte geladen. Als Wahlvertreter wurde von der Oberrechtsanwaltschaft der sozialdemokratische Rechtsanwalt Dr. Paul Sehn in Berlin bestimmt. Auf den Ausgang des Termins dürfte man gespannt sein.

*

Der „Vormärz“ berichtet, daß die Filmoberprüfungsstelle den positivistischen Film des ADGB „Freies Volk“ freigegeben habe. Gemeinsamkeit an der Geiste dieser Freigabe ist die Tatsache, daß der Einprud gegen diesen Film ausgerichtet von der bürgerlichen Held- und der sozialdemokratischen Held-Regierung ausgegang. Zwei „helden“ gegen den Positivismus; der eine als Monarchist hat wenigstens die Entschuldigung subjektiver Gegnerschaft für sich, der andere als Sozialdemokrat hat höchstens eine Entschuldigung, den grenzenlosen Hass eines sozialdemokratischen Ministerpräsidenten gegen alles, was nur anderthalb proletarisch wirkt. Eine andere Einheitsfront der beiden „helden“, die den Arbeitern in der SPD zu dienen geben sollte.

Die Kommunistische Partei, die Kommunistische Jugend und der Rote Frontkämpfer in Stuttgart hatten für den 17. März geplant, auf ihrer Märschiere historische Revolutionsbilder aufzuführen. Darauf ging ihnen von der Stuttgarter Polizei, die durch ihren Kampf gegen revolutionäre Kunst und Literatur und gegen die Veranstaltungen der Roten Hilfe berügt ist, am 15. März folgender Was zu:

„Die aufmarsch der von der Kommunistischen Partei, dem Kommunistischen Jugendverband und dem Roten Frontkämpferbund am 17. März 1926, abends 18 Uhr im Festsaal der Niederhalle geplanten Märsche vorzehnene Aufführung historischer Revolutionsbilder“ wird aus allgemeinen politischen Gründen verboten.

In der Zusammenstellung der „historischen Revolutionsbilder“ 1. Bild: Bauernkrieg 1525; 2. Bild: große französische Revolution 1789; 3. Bild: Märztag 1848; 4. Bild: Pariser Kommune 1871; 5. Bild: Berlin März 1919 — geht hervor, daß es den Veranstaltern nicht um eine bloße Gedächtnisfeier für geschichtliche, in den Märztagen sich abspielende Ereignisse zu tun ist, sondern um eine allgemeine Darstellung typischer revolutionärer Rämpfe seit Beginn der Neuzeit. Die Veranstalter wollen aber damit nicht etwa zum geschichtlichen Verständnis dieser Ereignisse bei den Zuhörern beitragen, vielmehr soll dadurch die Revolution als allgemein verherrlicht und der Zuschauer auch für die Gegenwart als erreichbares Ziel und einzige Möglichkeit einer herbeigeführten Lösung der sozialen Frage dargestellt werden. Die Aufführung dieser historischen Revolutionsbilder bezweckt also nichts anderes als die im Vorjahr von kommunistischer Seite herausgegebene Deutschräte. Der große Bauernkrieg und Thomas Müntzer 1525-1925, die wegen ihres gegen SS 81 Ziff. 2, 86 des StGB verschloßene Inhalte durch Beschluss des Ersten Strafgerichts des Staatsgerichtshofs zum Schutz der Republik vom 18. 4. 25 (Astr. 14 o i 114 25) beschleagnahmt wurde — nämlich die Werbung der Kommität für den von der RPD erstrebten gewaltlosen Umsatz der bestehenden Verfassung, sie wurde also eine gegen das Strafgesetz verstoßende Vorbereitungshandlung zum Schutz darstellen.

Im Halle der Zuwiderhandlung wird die Veranstaltung polizeilich geschlossen werden. Die verantwortlichen Beamten und die Richter haben eine Strafarrest zu ergehen. — Daß es eine geistige Verbindung zwischen dem Schriftsteller und dem Künstler besteht, ist eine Tatsache, die nicht bestreitbar ist. — Die Stuttgarter „Vergündung“ signaliert die Gefahr, daß künftig jede Darstellung revolutionärer Ereignisse, soweit sie sich in sozialem und politischen Beziehungen abspielt, verboten wird.

Aus den Gewerkschaften

Die Rationalisierungskrise im Bergbau

Die Ergebnisse der Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes.

In den letzten Jahren war die Bergarbeiterarbeit durch lange einer erbitterten Offenfeind vor Grubenherren ausgetragen. In der brutalen Welle wurde der Nationalisierungsbewegung hinzugefügt, eine Seite nach der anderen stillgelegt. Auf all den Seiten, die nicht stillgelegt wurden, waren die Unternehmen zu einem großen Teil einspielerisch, um aus den im Betrieb Verbliebenen noch mehr herauszupressen. Einmal zwölf Unternehmensbergwerke wurden auf diese Art aus dem Bergbau ausgespielt und mit ihren Familien dem Strom der Flüchtlinge.

Das Jahr 1925 mit seinen brutalsten Produktionsleidungen hat die absolute Rohstoffförderung nicht nur der Nachriegszeit, sondern auch des Vorriegszeitraumes 1913 übertroffen. Diese Tatsache geht mit aller Deutlichkeit dar, daß die rigorosen Stilllegungen und Arbeitsentlassungen nur durchgeführt wurden, um mit einer geringen Arbeiterschaft mehr zu produzieren und den Profit zu steigern. Dies beweisen die fast allmählich zum Vorschein kommenden Jahresabschlässe der eingelassenen Bergwerksunternehmen. Wenn auch durch geschickte Bilanzvergleichsergebnisse die Riesengewinne der Düsseldorfer gegenüber verdeckt werden, so kann man doch aus ihnen ersehen, daß für die Grubenbesitzer das Jahr 1925 ein gutes Geschäftsjahr war.

So weist der Geschäftsbericht für 1925 der Geisenkirchener Bergwerks-AG. neben einer Rüdigung von 30 Millionen Mark und einem Reingewinn von 1.772.230 Mark auf. Die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks-AG. hat neben 10 Millionen Mark Abschreibungen einen Reingewinn von 1.914.247 Mark erzielt. Die preußische Bergwerks-AG., deren Geschäftsbericht noch nicht vorliegt, hat nach einer Mitteilung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ einen Reingewinn von über 20 Millionen Mark erzielt, so daß, wenn auch die größten Abschreibungen vorgenommen werden, ein Reingewinn von über 4 Millionen Mark verbleiben wird.

Verhältnismäßig größer als im Steinkohlenbergbau sind die Gewinne im Braunkohlenbergbau. Die Braunschweiger Kohlenwerks-AG., die nur 3174 Arbeiter beschäftigt und ein Aktienkapital von 12,7 Millionen Mark investiert hat, hat nach Abschreibungen und Rücklagen in Höhe von 26 Millionen mark einen Reingewinn von 1.254.087 Mark. Das sind pro Kopf des beschäftigten Arbeiters 480 Mark, die in die Taschen der Aktiobären fließen.

Die niedrigen Braunkohlenbergwerke haben einen Reingewinn von 2.776.499 Mark erzielt. Genau so ist es in der linksrheinischen Braunkohlenindustrie. Hier haben die Braunkohlenwerke Gute Hoffnung einen Reinauwinn von 2.320.000 Mark. Der Jahresbericht der Rheinisch-AG. für Braunkohlenbergbau weist einen Reingewinn von 10.051.553 Mark auf. Daneben hat die Gesellschaft ihr Vermögen von 11,7 Millionen auf 338 Millionen Mark, also um 24,1 Millionen vergrößert. Der Geschäftsbericht sagt, daß die flüssigen Mittel, über die die Gesellschaft verfügte, nicht untergebraucht werden konnten, so daß Aktienpäcke von anderen Unternehmen gesucht werden mußten.

In Ober- und Niedersachsen war das vergangene Jahr ein Konjunkturjahr. Die Rohstoffförderung übertrug die Vorfrieden. Im neuen Jahr ließen die Entlassungen und Stilllegungen der weniger rentablen Schächte ein.

Die wenigen Beispiele zeigen, daß das Geschrei der Grubenherren nach Verbesserung der Produktion, nach Rüdigung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit nur erhoben wurde, um die Arbeiterschaft härter auszubuten.

Kommunistische Landarbeiterforderungen im Preußischen Landtag

Zur Beratung des Haushalts der Landwirtschaftlichen Verwaltung stellte die kommunistische Landtagsfraktion im Hauptauszug am 9. März eine Reihe Anträge für die Landwirtschaft, von denen wir die wichtigsten nachstehend veröffentlichen.

Zur erwerbstsamen und freien Landarbeiter.

Das Staatsministerium wird erlaubt, auf die Reichsregierung hinzuwirken, zum Schutze der landwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten folgende gesetzliche Bestimmung zu erlassen.

Für freie und erwerbstsame Landarbeiter. — Gutsangestellte wird für die Dauer der Krankheit bzw. Erwerbslosigkeit eine Unterstützung in Höhe der Tariflöhne gewährt.

Gegen Hochzinsgelder.

Das Staatsministerium wird erlaubt, auf die Reichsregierung hinzuwirken, zum Schutze der landwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten folgende gesetzliche Bestimmung zu erlassen:

Der Arbeitsauftrag für die Frauen und Kinder von Landarbeitern ist verboden. Ein Zwang, Kindermärkte zu stellen, darf nicht ausgeübt werden.

Gegen Kinderarbeit.

Die Kinderarbeit in der Landwirtschaft, besonders in der Großbauernwirtschaft, bringt schwere körperliche und seelische Leidenschaften junger Landjugend in sich.

Das Staatsministerium wird daher erlaubt, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß das Kinderarbeitsrecht vom 30. März 1903 auch auf die Kinderarbeit in der Landwirtschaft Anwendung findet.

Berbot der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung.

a) Es gibt im Kreisland Bremen 972 gewerbsmäßige Stellenvermittler. Der größte Teil dieser Stellenvermittler vermittelt landwirtschaftliches Personal. So wurden z. B. von 28.514 männlichen Personen in einem Vierteljahr 17.333 Personen für die Landwirtschaft vermittelt. Hier besteht eine Ausbeutung arbeitsloser Landarbeiter kolossal. Art. 50 Reichsamt fordert für eine Verbesserung in seine Sicht. Selbst die gelegenen Gebühren sind unzulässig und schamlos.

Vielmehr muß gefragt werden, daß den Grubenherren die verdeckte Ausbeutung nur möglich war, weil die Bergarbeiterorganisationen nichts dagegen unternahmen. In gewissermaßen einer sozialen Bewegung auswichen und alle stilllegungen und Bergarbeiterentlassungen ruhig über sich ergehen ließen.

Wolfsburg trifft das auch auf den Bergarbeiterverband zu. Es hat den Wunsch, als wenn es in Zukunft der Verbandsvertretung nicht daran denkt, daß der Bergarbeiterinteressenkreis angewandt, aus der vom Verbandsvorstand vorgeschlagenen Tagesordnung zur 25. Generalversammlung steht. In einem besonderen Punkt zur gegenwärtigen Lage im Bergbau und der Wissensherrschaft der Grubenherren Stellung zu nehmen.

Es ist aber unmöglich, daß die Generalversammlung bestreitet, daß sie die Gewerkschaften vorübergehen kann, ohne daß sie eine Stellung genommen hat zu den wichtigsten Fragen der Bergarbeiter. Da aber die Zechenstilllegungen, die soziale Ausbeutung ganzer Kommunen und die Verschwendungen Hundertausender Arbeitnehmer nicht nur die Bergarbeiter angeht, sondern die gesamte Arbeiterschaft, so muß der Bergarbeiterverband eine Lösung, die im Interesse des Proletariats liegt, zeigen.

Auf der Generalversammlung muß die Frage gestellt werden:

Was ist im deutschen Bergbau zu tun, um die Wissensherrschaft der Grubenherren zu brechen?

Diese Frage stellen, heißt aber auch, sie beantworten, und um die Antwort will der Verbandsvorstand sich drücken.

Wer heute die Bewirtschaftung des deutschen Bergbaus mit offenen Augen ansieht, wird die Frage nicht anders beantworten können, als mit der Forderung:

„Verstaatlichung des gesamten deutschen Bergbaus“.

Wenn auch die Verstaatlichung des Bergbaus und seiner Nebenproduktion heute noch keine Sozialisierung bedeutet, so ist sie doch der einzige mögliche Weg, der eine Besserung der Verhältnisse bringt kann.

In keinem anderen Wirtschaftszweig liegen die Verhältnisse so wie im Bergbau und können nirgends so gut durch Verstaatlichung überwunden werden wie hier. In den einzelnen Bezirken sind die geologischen Verhältnisse sehr verschieden. In dem einen ist die Gewinnung der Kohle leicht, in dem anderen schwerer. In dem einen Bezirk sind die Produktionsumfänge um das Doppelte höher als in dem anderen. Damit ist auch der Gewinn für die Kapitalisten sehr verschieden. Bei der privatkapitalistischen Ausbeutung der Bodenschätze, besonders in Zeiten einer Wirtschaftskrise, hat der Kapitalist nur ein Interesse, sein Kapital dort anzusiedeln, wo es ihm sicher und höheren Gewinn verspricht. Es kann die Bodenschätze liegen, die ihm zurzeit nicht den gewünschten Gewinn bringen.

Darum die Stellung von vielen sogenannten unrentablen Zechen und Konzentration der Förderung auf derselben Zechen, die mehr Gewinn abwerfen. Dabei werden Milliarden Werte an Bodenschätzen vernichtet. Bei einer Ausschaltung der privatkapitalistischen Ausbeutung der Bodenschätze wird Verstaatlichung des gesamten Bergbaus dann im großen Rahmen ein Ausgleich geschaffen werden.

Die Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes kann und darf an dieser Frage nicht vorübergehen. Sie muß die Forderung ausspielen:

Verstaatlichung des Bergbaus.

b) Die bestehenden polnischen und nationalen Arbeitsvermittlungsstellen für landwirtschaftliche Arbeiter sind Deutnamen für reaktionäre Umtriebe.

Der Landtag wolle daher beschließen, das Staatsministerium zu erlauben, dahin zu wirken, daß

1. die gewerbsmäßige Stellenvermittlung und die bestehenden polnischen und nationalen Arbeitsvermittlungsstellen für landwirtschaftliche Arbeiter sofort zu verbieten habe;

2. ein Gesetz geschaffen wird, wonach landwirtschaftliches Personal nur durch die öffentlichen Arbeitsnachweise vermittelt werden darf. Die von den öffentlichen Arbeitsnachweisen überwiesenen Arbeitskräfte müssen eingestellt werden.

Sicherung des Rohtonsteinkohles. — Arbeitseinsatz. — Gleichstellung der ausländischen Arbeitskräfte.

Das Staatsministerium wird erlaubt, auf die Reichsregierung hinzuwirken, zum Schutze der landwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten folgende gesetzliche Bestimmungen zu erlassen:

1. Die hohe Belastung des Rohtonsteinkohles, der in der Landwirtschaft beschäftigten Polen- und Gehaltsempfänger wird aufgehoben. Die freie Ausübung des Verhandlungs- und Streikrechts wird vom Staat gewährleistet.

2. Die tägliche Arbeitszeit beträgt für alle landwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten acht Stunden. Mit Ausdruck auf die besonderen von der Witterung und Jahreszeit abhängigen Betriebsverhältnisse dürfen zur Saison und Erntezeit Überstunden geleistet werden, die zu anderen Jahreszeiten jedoch eingespart werden müssen. Die Belastung der 2400 Jahresstunden auf die verschiedenen Jahreszeiten muß durch den Betriebsrat gemeinsam mit dem Betriebsleiter geschehen. Sonderarbeit darf nur mit Zustimmung des Betriebsrates geleistet werden und darf ebenfalls auf die 2400 Jahresstunden angebracht werden. Für die Saatmänner gilt die achtzehnmonatige Arbeitswoche. Überstunden an einem Tage müssen an einem anderen Tage berieben werden.

Werden Rundige Arbeiter am Schluß einer Periode mit verlängerter Arbeitszeit entlassen, so wird die

aber mit einem täglich geleisteten Arbeitstag mit 80 Minuten entlohnt.

2. Die ausländischen Arbeitnehmer sollen direkten Arbeitsbeschaffungen, Polizei und Haftanstaltserhaltungen, wie für die einheimischen Arbeiter. Die Einschaltung von ausländischen Arbeitern muß ebenfalls durch die Beschäftigung der örtlichen Arbeitsmacht geleistet. Die Beschäftigung von Ausländern unter Friedeten bedarfungen als die von einheimischen Arbeitern wird bestrafen. Die Rechte der Legitimation tragen der Unternehmer.

Stellung vor die Bergarbeiterwahl.

Das Staatsministerium wird erlaubt, auf die Staatsregierung einzutreten, zum Schutze der landwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten folgende gesetzliche Bestimmung zu erlassen:

Bei je 30 Arbeitsstunden muß allen in der Landwirtschaft beschäftigten ein Tag Urlaub unter Weitschichtung des Gehaltes oder Gehalts gewährt werden.

Berbandstag des DMV.

In Nr. 11 der „Metallarbeiterzeitung“ vom 13. März 1926 veröffentlicht der Hauptvorstand folgende Bekanntmachung:

Auf Grund der Bestimmungen der §§ 35 und 36 des Statuts berufen wir den 17. Ordentlichen Verbandstag auf Montag, den 2. August, vormittags 9 Uhr, bis Samstag abend, den 7. August, nach Bremen in die Centralhallen ein. Als Tagesordnung ist festgelegt:

1. Eröffnung des Verbandstages, Wahl der Leitung und der Kommissionen.

2. Bericht des Vorstandes: a) Allgemeiner Geschäftsbericht; b) die Änderungen im Beitrags- und Unterstützungsweisen; c) Bericht des Ausschusses; d) Metallarbeiterzeitung.

3. Wirtschaftssegen und Gewerkschaften: a) Europas Krise und Deutschlands Wirtschaft; b) Umwälzungen in der Eisen- und Metallindustrie.

4. Der 11. internationale Metallarbeiterkongress und Wahl der Delegierten.

5. Beratung des Statuts.

6. Erledigung sonstiger Verbandsangelegenheiten.

Nach Aufzählung der für die Wahl der Delegierten maßgebenden Bestimmungen, der Tag der Wahl, die Wahlordnung und Wahlkreiseerteilung werden noch bestimmt. Anträge bis spätestens den 30. April 1926 an den Vorstand einzureichen sind.

Es wird jede Aufgabe aller Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes sein müssen, mit den notwendigen Vorbereitungen zu beginnen, um zu dieser Generalversammlung und den zustellenden Anträgen Stellung zu nehmen.

Die Chemnitzer Buchdrucker zum Verbandstag

In einer Versammlung der Buchdrucker in Chemnitz am 14. März wurde zum bevorstehenden Verbandstag des Buchdruckerverbandes Stellung genommen. Von der Opposition wurde folgender Antrag gestellt:

„Das Gehalt der Angestellten darf nicht mehr als 25 Prozent über dem tariflichen Spesenlohn eines Maschinenwagens betragen.“

Dieser Antrag wurde mit 67 Stimmen angenommen, während ein anderer Antrag, der bei Anstellung eines Beamten das Gehalt um 50 Prozent, nach 5 Jahren um 75 Prozent und nach 10 Jahren um 100 Prozent höher als dem tariflichen Spesenlohn feststehen wollte, nur 56 Stimmen erhielt.

Zur Lohn- und Tarifpolitik wurde folgender Antrag der Opposition einstimmig angenommen:

Der Verbandstag wolle beschließen: Der offensive des Unternehmers im graphischen Gewerbe muß der Kampf des Verbandes um folgende Forderungen entgegengestellt werden: a) Errichtung des Reallohnes des Vorwiegungszeit für die Gemeinschaft der Kollegenschaft durch tarifliche Festlegung; b) unbedingte Sicherung des Achtstundentages und unbedingte Verhinderung von Überstunden, solange Arbeitslose zur Ergänzung der Belegschaft zur Verfügung stehen; c) 4-8-Stundenwoche für die Allgemeinheit, 36-Stundenwoche für die Sparten mit hochproduktiver und gefundene Arbeitsweise. Zur Erreichung dieses Ziels ist ein Kampfbündnis der vier graphischen Verbände erforderlich. Die gemeinsam erlangten Forderungen müssen dann in einem Mantelkampf für das gesamte graphische Gewerbe festgelegt werden. Solange ein graphischer Einheitstarif nicht geschaffen ist, muß wenigstens eine Zusammensetzung der verschiedensten Tarife angestrebt werden, die jetzt in den Buchdruckereien vorhanden sind (Buchdrucker, Hilfsarbeiter, Buchbinder in den Buchdruckereien).

Zur Jugendfrage gelangte ein Antrag der Opposition zur Annahme, in dem es am Schluß heißt: „Dementprechend muß die Lehrungsabteilung ihren gegenwärtigen Charakter als berufliche Bildungsorganisation abschaffen und zur gewerkschaftlichen Kampfforganisation werden. Solange ein graphischer Einheitstarif nicht geschaffen ist, muß wenigstens eine Zusammensetzung der verschiedenen Tarife angestrebt werden, die jetzt in den Buchdruckereien vorhanden sind (Buchdrucker, Hilfsarbeiter, Buchbinder in den Buchdruckereien).“

Weitere Anträge der Opposition für die Schaffung des Industrieverbandes, für Einführung der Urwahl und Verbandswahl bei Verbands-Gewerkschafts- und internationalen Kongressen, für die Begründung der drei Berufsinternationen der Buchdrucker, Steindrucker und Buchbinder sowie für die Einladung des russischen Bucherverbandes zum Verbandstag wurden gegen ziemlich starke Widerstände abgelehnt.

In anderen Orten mag von der Opposition alles getan werden, damit diese wichtigen Anträge in den Buchdrucker-Versammlungen angenommen werden.

Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte und Beamte von Görlitz.



Qualitätswaren in großer Auswahl
in Zigaretten, Zigarren, Tabak
empfiehlt

Paul Mattheus
Obermarkt 1

J. Wieland
Fisch- und Feinkost-Geschäft
Breitestr. 11

Wilhelm Süßner
Bogstraße 18
Sleißerei und Burgtgeschäft

Görlitzer Kaffee - Leder
Kurt Goldner
Colonialwaren - Delikatessen
Weine
Nr. 1 Landeskronstraße 46

Brot, Wehl, Süßermittel
empfiehlt

Ed. Gerlach
Altstädtergraben 11

Anna Schneider
Schwarzenstraße 6
Fisch- u. Räucherwaren

Wareneinfuhrhalle
Inh. Georg Sitaras, Pragerstr. 8
empfiehlt
Colonialwaren u. Lebensmittel
6% Rabatt in blauen Marken

Theodor Wagner
Drogenhandlung
Webersir. 20
Ecke Bäckerstrasse
gegenüber dem Handwerk
Fernruf 383

Gustav Zschiesche
Brüderstraße 14
Bäckerei und Konditorei

Georg Menzel
Apothekergasse
Rohfleischerei
Telephone 1155

Jakob Teuscher
Sonnensir. 2
empfiehlt zu billigsten Preisen
Milch / Butter / Eier
Delikatessen

Albert Richter, Breslauer Straße 12
empfiehlt Brot und Weißwaren
zu billigsten Tagespreisen

Erhard Hirche
Prager Straße 24
Colonialwaren - Tabakwaren
Butter - Eier - ff. Wurst

Paul Schulz
Kaffeehaus Nr. 12
Lebensmittel, Delikatessen

Max Richter, Hausey Markt
Blickstraße 5

Zobal - Handlung

Kolonialwaren aller Art

bei
Arthur Hellwig
Bogstraße 3

Eliger's

Servens- u. Damen- Friseursalon
Bogstraße 22

empfiehlt sich einer gütigen Beachtung!

Hans Grönneweg

Untermarkt 4
Zigarren - Zigaretten

Tabak

Im Freige Kommu?

frische Seefische, Flussfische, Räucherwaren
Marinaden, Salzheringe

Rischhalle Hermann Jigner

Handwerk 22
zweiter Rischhalle

Am Wochenmarkt

unserer Zeitung

Richard Wölfe

Landeskronstrasse 14

sämtl. Korb- und Bürstenwaren

Spieldaten - Reparatur-Werkstatt

Edmund Friebe

Brüderstraße 12

Gebensmittel

Paul Ichmann

Lebensmittelgeschäft

Bautzener Straße 22

August Hübner

Reichstraße 9

Brot, Weiß- und Feinbäckerei

Bruno Lätsch, Petersstraße 2

Sämtliche Colonialwaren sowie

Butter, Milch, Eier

Zigarren, Zigaretten, Rauchtabak

6% Rabatt in blauen Marken

Robert Werner

Brot- und Kohlen - Handlung

Bitterstraße 26, Ecke Langenstr.

Kohlen und Beleibts werden auf Wunsch

ins Haus geliefert

Artur Horter

Langenstraße 4

Fleisch und Wurstwaren

Max Georgi

Landeskronstraße 18

Fleisch, Wurstwaren

Max Thiers

Untermarkt 11/12

- Fernsprecher Nr. 776 -

Kolonialwaren

Stets frisch serviert:

Milch

Korn

Getreide

Rich. Gotschlich

Lutherstr. 41

Kolonialwaren

Fernruf 2412

Gewährleistung auf sämtl. Waren

6% Prozents

Rückgewähr in blauen Marken

Fritz Hirsch

vorm. Gillner

Frisörgegeschäft

Untermarkt 19

Paul Matzel

Hohenstraße 2

Kolonialwaren und Lebensmittel

6% Rabatt

Klarer Jäschke

Neihäuser Straße 28

Colonialwaren, Obst,

Gemüse, Milchhandlung

6% Rabatt

Qualitätsmarken

in

Zigarren, Zigaretten

Tabak

empfiehlt

Fr. Richard Bauer

Demianiplatz 21

und Hohenstraße 1

Vorteilhafter Einkauf

in Lebensmitteln aller Art

Konserven pp.

Hermann Methner

Sommerstraße 1

6% Rabatt

Niederlage der Obermühle

Inhaber

M. Schneider

Untermarkt 20

empfiehlt

besondere hochwertige hand-

gesetzte Weizen- und

Regenmehl

täglich frische

kerneige Landbutter

zu billigsten

Tagespreisen

Ernst Budde

Colonialwaren - Lebensmittel

Rothenburger Straße 11

W. Wohland

Taschen-

Reparaturen und Verkauf

Brettestrasse 6 - 1. Etage

Robert Lange

Biesnitzer Straße 77a

Molkerei und Delikatessen

Artur Horter

Langenstraße 4

Fleisch und Wurstwaren

Max Georgi

Landeskronstraße 18

Fleisch, Wurstwaren

Gardinen

Untermarkt 11/12

Wickeldecken

Die Gardinen aus Baumwolle
kommen aus den billigsten

Landen EW und billigsten

Schauspielhaus Breslau Operettentheater

Telephone Stephan 27 400

Dienstag, Donnerstag u.
Sonnabend, abends 8 Uhr
Aufführung unter
Leitung Walter Jankuhn

Der Vetter aus Dingsda

Montag, Mittwoch und
Freitag abends 8 Uhr:
Aufführung Walter Jankuhn

Paganini

Bekanntmachung.

Die Reichstelle für Nachforschungen im Ausland, Berlin W 8 sucht Erben des am 23. November 1919 in Polen (Wash.) vereinigten Städtchen von Nordamerika — verstorbenen Herrn Otto Krogmann, der ein Vermögen von mehreren tausend Dollar hinterlassen hat. Der Staat Washington, in dem der Verstorbene gelebt hat, beschuldigt, das gesamte Vermögen für verfehlten zu erlangen, falls Erben sich nicht ermitteln lassen sollten. Der Erblasser, der aus nach Amerika überreiste, ist der Sohn des Heinrich Gottlieb Schröter, genannt Krogmann — und im Jahre 1888 in der Umgebung von Reichenbach (Schlesien) oder Leipzig geboren. Personen, welche als Erben in Betracht kommen, müssen sich unter Beibringung von Notunden schriftlich an die Reichstelle für Nachforschungen und Nachforschungen im Ausland, Berlin W 8, Charlottenstraße Nr. 51 zu Tagebuchnummer 706 oder an die Abteilung VIII des vierten Polizeipräsidiums zu Tagebuchnummer VIII Reg. 273/26 wenden.

Breslau, den 20. März 1920.
Der Polizeipräsident.

Bekanntmachung.

Der Weg zwischen der Breitenbachstraße und dem Flutkanal vom Barthelner Behr bis zur Kalongebach erhält auf Vortrag des Magistrats und im Einvernehmen mit dem Ausschussrat von Bartheln und Friedewalde zu Ehren des ehemaligen Oberpräsidenten von Schlesien Grafen Julius Trützschler, der sich um das Zustandekommen der Hochwasserbeschädigungen ein besonderes Verdienst erworben hat, hiermit die Bezeichnung „Zeditzweg“.

Breslau, den 20. März 1920.
Der Polizeipräsident.

Bekanntmachung.

Am Sonntag vor Pfarrer, den 20. März 1920 wird hiermit die Zeit von 14 bis 16 Uhr nachmittags als Perfektionstag für alle Prüfung des Handelsgewerbes, sowie stehender Handel in Frage gestellt.

Das Zuliefergeschäft über 6 Uhr heraus ist nicht gestattet. Die für einzelne Geschäftsbetriebe zu Sonntagen 1920 erreichbaren Verbundstunden bleiben bestehen.

Gleichzeitig wird gewohnt, daß der Gewerbeaufwand in Verbindung mit über 120 der Ausführungsanordnungen zur Gewerbeordnung der Straßenmeisterei mit Tüpfel, Blumen, geringwertigen Gebrauchsgegenständen, Grünzeugzwecken und ähnlichen Gegenständen auf öffentlichen Straßen, Plätzen und Plätzen, sowie diese nicht für den Straßenmeisterei verboten sind, an dem genannten Sonntag in der Zeit von 14 bis 16 Uhr normale 2 Uhr mögliche und von 3 bis 6 Uhr 1½ Uhr möglich gestattet.

Breslau, den 20. März 1920.
Der Polizeipräsident.

Sternigel-Masse-Ausschank

Brauerei Zum Birnbaum
Friedrichstr. 11, nach Markthalle

Gut gepflegte Biere
Billige u. gute Küche
Sonntag von 11-2 Uhr

Grilljäger-Restaurant
Täglich Musik

Licchio- Theater

Montag-Mittwoch
ab 11 Uhr
Clatschtheater der grössten

Variete Sensa- tionen

der Welt

Karl Uvarov

Wiens
bestier Komiker

Rastelli

Der Einzige, der
erreichte

Das 8. Weltwunder

Reeves und Reeves

KAETHE S. 4

Andrea-Troupe

Atagón Allegri

MARIA PA.

Pop, René u. Boby

Charly
Rivels

Die Sorgenbüchse,
am liegend. Trapeze

Das beste Pro-
gramm zu billigen
Preisen v. 75 Pf.
au

Jeden Sonntag
nachm. 3 Uhr

Nachmittags-
Vorstellung

auch für Jugendliche
zu halben Preisen

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████

██████████